

**Antrag 107/II/2022****AG Migration und Vielfalt LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Willkommenskultur stärken, personelle Vielfalt vorleben, Einbürgerungen steigern - die SPD will das neue Landeseinbürgerungszentrum als Leuchtturmprojekt an den Start bringen**

1 Die sozialdemokratischen Senatsmitglieder und die SPD-  
2 Fraktion im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert da-  
3 für Sorge zu tragen, dass bei dem im Aufbau befindlichen  
4 Landeseinbürgerungszentrum, Vielfalt auf allen Ebenen  
5 des Amtes bis in die Spitze personell vorgelebt und eine  
6 wertschätzende Willkommenskultur gegenüber den Ein-  
7 bürgerungsantragssteller:innen etabliert wird.  
8 Das richtige politische Ziel einer deutlichen Steigerung  
9 der Einbürgerungen kann nur gelingen, wenn eine posi-  
10 tive Identifikation der eingewanderten Bevölkerung mit  
11 dem Landeseinbürgerungszentrum und seinen vielfälti-  
12 gen Beschäftigten sowie der gelebten Willkommenskul-  
13 tur entsteht und ein starker Servicegedanke den Geist des  
14 Amtes prägt, der Einbürgerungswilligen Wertschätzung  
15 und Unterstützung auf dem Weg zur deutschen Staats-  
16 bürgerschaft entgegenbringt und bestehende Hürden im  
17 Antragsverfahren entsprechend der rechtlichen Vorgaben  
18 im Sinne der Antragstellenden überwinden hilft.

19  
20 Daher fordern wir: Um die personelle und kulturelle Auf-  
21 stellung im Sinne einer inklusiven und diversitätsorien-  
22 tierten Behörde zu meistern, ist das Gesetz zur Förderung  
23 der Partizipation in der Migrationsgesellschaft (PartMigG)  
24 anzuwenden und die fachliche Expertise der vom Land  
25 Berlin extra dafür geschaffenen und finanzierten Fach-  
26 stelle Diversitätsorientierte Organisations- und Kompe-  
27 tenzentwicklung im Land Berlin (Fachstelle DOKE) zu be-  
28 teiligen, die den Prozess begleitet.

29  
30 **Begründung**

31 Das Land Berlin hat angekündigt, dass es mit der Errich-  
32 tung des Landeseinbürgerungszentrums seine Einbürge-  
33 rungszahlen auf jährlich 20.000 steigern und damit mehr  
34 als verdreifachen will. Denn die Schere zwischen Wohn-  
35 und Wahlbevölkerung geht immer weiter auseinander.  
36 Mehr als 36 % der Berliner:innen haben mittlerweile ei-  
37 nen Migrationsbackground, aber nur ein Drittel ist einge-  
38 bürgert, obwohl die Mehrheit schon so lange in Deutsch-  
39 land lebt, dass sie einen Einbürgerungsanspruch hat. Ne-  
40 gative Erfahrungen mit Ausländerbehörden und bislang  
41 fehlende Möglichkeiten der Mehrstaatigkeit haben ganze  
42 Generationen von einer Einbürgerung abgehalten.

43  
44 Das wird sich mit der Staatsbürgerschaftsreform 2023  
45 im Bund ändern. Kürzere Einbürgerungsanspruchsfristen  
46 und doppelte Staatsbürgerschaften werden dann Real-  
47 tät. Viele, die bisher einer Einbürgerung skeptisch gegen-

Die sozialdemokratischen Senatsmitglieder und die SPD-  
Fraktion im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert da-  
für Sorge zu tragen, dass bei dem im Aufbau befindlichen  
Landeseinbürgerungszentrum, Vielfalt auf allen Ebenen  
des Amtes bis in die Spitze personell vorgelebt und eine  
wertschätzende Willkommenskultur gegenüber den Ein-  
bürgerungsantragssteller:innen etabliert wird.

Das richtige politische Ziel einer deutlichen Steigerung  
der Einbürgerungen kann nur gelingen, wenn eine posi-  
tive Identifikation der eingewanderten Bevölkerung mit  
dem Landeseinbürgerungszentrum und seinen vielfälti-  
gen Beschäftigten sowie der gelebten Willkommenskul-  
tur entsteht und ein starker Servicegedanke den Geist des  
Amtes prägt, der Einbürgerungswilligen Wertschätzung  
und Unterstützung auf dem Weg zur deutschen Staats-  
bürgerschaft entgegenbringt und bestehende Hürden im  
Antragsverfahren entsprechend der rechtlichen Vorgaben  
im Sinne der Antragstellenden überwinden hilft.

**Wir werden sicherstellen, dass die personelle und kultu-  
relle Aufstellung im Sinne einer inklusiven und diversi-  
tätsorientierten Behörde gemeistert wird. Die strategi-  
sche Grundlage dafür ist das Gesetz zur Förderung der Par-  
tizipation in der Migrationsgesellschaft (PartMigG) und  
die fachliche Expertise der Fachstelle Diversitätsorientier-  
te Organisations- und Kompetenzentwicklung im Land  
Berlin (Fachstelle DOKE), welche maßgeblich den Orga-  
nisationsentwicklungsprozess der neuen Behörde beglei-  
ten wird.**

48 überstanden, könnten dann positiv umgestimmt werden,  
49 wenn das Landeseinbürgerungszentrum diese Chance po-  
50 sitiv für sich nutzt und eine Identifikation durch eine Will-  
51 kommenskultur und eine personelle Vielfalt im Amt selbst  
52 herstellt. Vor allem die in der Öffentlichkeit sichtbare Lei-  
53 tungsebene entscheidet über das Image dieser neuen Be-  
54 hörde. Deshalb ist die personelle Vielfalt nicht nur in den  
55 Fachebenen sondern auch an der Spitze des Landesein-  
56 bürgerungszentrums von großer Bedeutung.

57

58 Vor allem die SPD Berlin pusht das Landeseinbürge-  
59 rungszentrum als Leuchtturmprojekt der Landespolitik.  
60 Sie steht für Respekt und gleiche Rechte. Von ihr und  
61 ihren Mitgliedern in den Landesressorts und der Frak-  
62 tion wird abhängen, ob das richtige politische Ziel, die  
63 Einbürgerungszahlen im Land Berlin deutlich zu stei-  
64 gern, erreicht wird. Dies kann nur gelingen, wenn ne-  
65 ben der inhaltlich-fachlichen Ausrichtung des Landesein-  
66 bürgerungszentrums auch eine gelebte personelle Viel-  
67 falt und eine Willkommenskultur das Amt prägt, die An-  
68 tragstellende nicht als Bittsteller wahrnimmt, sondern die  
69 ihren Wunsch, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwer-  
70 ben, positiv aufgreift und zum Erfolg führt. Das seit Jahren  
71 erfolgreich im Sinne dieser Willkommenskultur arbeiten-  
72 de Willkommenszentrum kann hier als Anregung dienen.